

friedensfähig! (3/2025)

23.4.2025

In den Zeitungen steht, dass Anfang Mai Friedrich Merz zum Bundeskanzler gewählt wird. Dann beginnt die neue Regierung damit, die Sachen umzusetzen, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Der alte Bundestag hat bereits mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen, dass die Regierung künftig für Militärausgaben Kredite ohne Grenzen aufnehmen kann. Aber für die meisten Aufgaben, die der Staat hat, gilt weiterhin die Schuldenbremse. Das heißt, dass dafür keine neuen Kredite aufgenommen werden dürfen, auch wenn es hinten und vorne nicht für das Nötigste reicht.

Soldaten und Soldatinnen als die Bundeswehr bisher hat. Ungefähr 180.000 sind es. Letztes Jahr wurde noch gesagt, man müsse 203.000 erreichen. Von anderer Seite hört man, man bräuchte doppelt so viele.

Wo soll die Bundeswehr so viele neue Soldatinnen und Soldaten herbekommen?

Die neue Koalition aus CDU, CSU und SPD will jetzt schnell einen neuen, freiwilligen Wehrdienst einführen. Im Gespräch ist ein Modell, wie es seit 2017 in Schweden verwendet wird. Dort müssen alle Männer und Frauen wenn sie 18 werden einen Fragebogen ausfüllen: Ob sie zum Militär wollen, welche Interessen sie haben und welche Fähigkeiten sie mitbringen. Nach Auswertung dieser Fragebögen wird dann zur Musterung (Tauglichkeitsprüfung) einbestellt. Wenn aber nicht ausreichend Freiwillige darunter sind, werden, wie erstmals 2024, junge Leute auch gegen ihren Willen zum Militärdienst eingezogen.

Aus Umfragen weiß man, dass in Deutschland zwei Drittel der 18- bis 29-Jährigen den Wehrdienst ablehnen. Deshalb konnten seit 2011, als die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt wurde, nicht mehr ausreichend neue Soldatinnen und Soldaten rekrutiert werden. Seither gibt es immer mehr Werbung dafür, zur Bundeswehr zu gehen. Auf Plakatwänden, in Zeitschriften, im Kino, in den Sozialen Medien und so weiter. Und die Bundeswehr macht eine große Show daraus, auf Volksfesten dabei zu sein.



Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung steht, man müsste die „Einsatzbereitschaft der Streitkräfte ... erhöhen“. Und die Finanzierung dafür ist gesichert. Jetzt gilt es, noch ein „letztes“ Problem zu lösen. Denn man braucht für die Aufgaben, die z.B. in der NATO freiwillig übernommen wurden, viel mehr

So ist das auch beim „Hessentag“, dem hessischen Volksfest, das es jedes Jahr in einer anderen Stadt gibt. Dieses Jahr ist es Bad Vilbel, wo man nicht nur Kampfpanzer, Hubschrauber, Flugzeuge und anderes Militärgerät der Bundeswehr bestaunen kann. Es wird Essen und Musik geben. Und aus manchen Schulen kommen ganze Klassen, die in 90 Minuten erzählt bekommen, was ih-

„Wir kritisieren explizit die Werbung und Rekrutierung bei Jugendlichen. Wir kritisieren, dass sich die Bundeswehr als 'normaler' Arbeitgeber mit tollen Jobs anpreist. Wir kritisieren, dass das Bild vermittelt wird, militärische Macht sei der Garant für eine friedliche Lösung von Konflikten oder man könne sie durch Militäreinsätze beenden.“
(www.friedlicher-hessentag.de)



nen die Bundeswehr zu bieten hat. Denn jedes Jahr schickt die Bundeswehr ein Schreiben an die Schulen und lädt ab achter Klasse alle zum Besuch ein.

Das „Bündnis Friedlicher Hessentag“ kritisiert das. Es gibt eine UNO Konvention über Kindersoldaten. Die verbietet, dass Minderjährige ins Militär aufgenommen werden. Deutschland hat diese UN Konvention unterschrieben. Und dennoch ist es eines von nur 46 Ländern auf der Welt, die sich nicht daran halten.

Das Bündnis schreibt:

In der hessischen Verfassung steht: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.“ (§ 69)

Was also hat eine Bundeswehr auf dem Hessentag zu suchen, die ihr Kriegsgerät mit all seinen todbringenden Fähigkeiten voller Stolz den staunenden Besuchern präsentiert?

www.wetterau-aktionfrieden.de
ViSdP: Monika Bootz - Usagasse 26 - Friedberg